Niederschrift: 2. Sitzung des Konsolidierungsstabes
Donnerstag, 02.07.2026
Teilnehmerliste ist dem Protokoll beigefügt.

Tagesordnung:
TOP 1: Entwicklung und Prognose der aktuellen Finanzlage, Identifikation und Priorisierung der größten Haushaltsblöcke sowie Beratung über die weitere Vorgehensweise
TOP 2: Einbindung externe Unterstützung

Zu Beginn der Sitzung stellt Jannik Barth (Abt. 130) anhand einer Präsentation die wesentlichen Eckdaten und Entwicklungen der vergangenen Jahre vor.

Nach Rückfrage von Herrn Gottwald (SPD) wird klargestellt, dass die in der Präsentation dargestellten Beschäftigtenzahlen die tatsächliche Anzahl der Beschäftigten und nicht die Vollzeitäquivalente abbilden. Teilzeitbeschäftigte sind somit entsprechend in der Beschäftigtenzahl enthalten.

Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler regt an, für eine der kommenden Sitzungen detaillierter darzustellen, in welchen Bereichen zusätzliche Mitarbeitende eingestellt wurden und welche Aufgabenentwicklungen den jeweiligen Personalzuwächsen zugrunde liegen. Als Beispiele nennt sie unter anderem die Feuerwehr, die Musikschule sowie zusätzlich erforderliches Personal im Zusammenhang mit dem Betrieb neuer Kindertagesstätten. Hierdurch soll die Entwicklung des Personalbestandes sachlich nachvollziehbar dargestellt werden.

Frau Keller-Mehlem (UfS) spricht sich ebenfalls dafür aus, bei der Betrachtung der Personalentwicklung stärker von der Aufgabenentwicklung auszugehen. Insbesondere sei zu berücksichtigen, dass Kommunen zunehmend Aufgaben von Bund und Land übertragen bekommen, ohne dass die dadurch entstehenden finanziellen Belastungen vollständig ausgeglichen würden. Sie erkundigt sich, ob künftig mit einer stärkeren Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips zu rechnen sei und ob es auch Fälle gebe, in denen Aufgaben wieder von der kommunalen Ebene zurückgenommen würden.

Frau Seiler führt hierzu aus, dass auf Bundesebene eine stärkere finanzielle Beteiligung an künftig neu übertragenen Aufgaben in Aussicht gestellt worden sei. Eine rückwirkende Entlastung für bereits übertragene Aufgaben sei jedoch nicht vorgesehen. Auch sei derzeit kein allgemeiner Trend erkennbar, wonach einmal übertragene Aufgaben wieder von Bund oder Land übernommen würden. Vielmehr müsse aufmerksam beobachtet werden, ob beispielsweise im Bereich der kommunalen Ordnungsbehörden künftig weitere Aufgaben hinzukämen.

Darüber hinaus berichtet Frau Seiler, dass sich freie Träger aufgrund zurückgehender Finanzierungsgrundlagen zunehmend aus einzelnen Angeboten zurückziehen. Dies betreffe unter anderem Beratungsangebote, deren Erhalt gesellschaftlich wichtig sei. Es könne jedoch nicht dauerhaft Aufgabe der Kommunen sein, entstehende Finanzierungslücken vollständig aufzufangen. Die Stadt habe sich deshalb mit einem Schreiben an das zuständige Ministerium gewandt und eine stärkere Beteiligung des Landes angeregt.

Herr Oehlmann (FDP) weist darauf hin, dass verschiedene Themen der Haushaltskonsolidierung bereits in früheren Haushaltsberatungen angesprochen worden seien. Er regt an, stärker auf Vorschläge aus den Fachabteilungen zurückzugreifen und diese nach Einspar- und Verbesserungspotenzial zu priorisieren. Darüber hinaus spricht er die Risiken sinkender

Gewerbesteuereinnahmen sowie die Bedeutung von Wirtschaftsförderung und Digitalisierung an.

Frau Seiler erläutert, dass die kommenden Sitzungen bewusst dazu genutzt werden sollen, einzelne Themenbereiche vertieft zu behandeln. Digitalisierung werde beispielsweise im Themenblock „Personal und Organisation“ gesondert betrachtet. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass einzelne Maßnahmen wie die Digitalisierung allein nicht ausreichen würden, um ein Haushaltsdefizit von mehr als 20 Millionen Euro auszugleichen. Ziel müsse daher eine umfassende Betrachtung des Haushaltes sein.

Tobias Schmitt (Abteilungsleiter Finanzen) ergänzt, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Fraktionen transparent nach steuerbaren Möglichkeiten suchen wolle. Selbst bei einer vollständigen Abschaffung freiwilliger Leistungen würde nach derzeitiger Einschätzung kein ausgeglichener Haushalt erreicht. Gleichzeitig müsse darauf geachtet werden, die Bürgerinnen und Bürger nicht unverhältnismäßig zu belasten.

Herr Schmitt hebt zudem die Bedeutung der Gewerbesteuer hervor. Diese sei eine der wichtigsten Einnahmequellen der Stadt und habe in den vergangenen Jahren durchschnittlich bei rund 60 Millionen Euro gelegen. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Unternehmen müsse jedoch mit möglichen Einnahmeausfällen gerechnet werden, die das bestehende Defizit weiter verschärfen könnten.

Die Frage nach den Ursachen für den positiven Ausschlag im Haushaltsjahr 2019 kann in der Sitzung nicht abschließend beantwortet werden. Herr Schmitt sagt zu, den damaligen Jahresabschluss zu prüfen und die Informationen nachzureichen.

Zum Thema Digitalisierung erläutert Herr Schmitt, dass bereits verschiedene Prozesse digitalisiert würden und für das kommende Jahr die Einführung eines neuen Finanzwesens vorgesehen sei. Gleichzeitig seien digitale Verwaltungsprozesse aufgrund rechtlicher und datenschutzrechtlicher Anforderungen zum Teil komplexer als zunächst angenommen. Die Thematik soll daher in einer späteren Sitzung gemeinsam mit den zuständigen Fachbereichen vertieft werden.

Frau Dr. Mang-Schäfer (SWG) regt an, im Themenblock Personal und Organisation auch frühere Vorschläge des Rechnungsprüfungsamtes zur organisatorischen Zusammenlegung beziehungsweise Optimierung zentraler Aufgaben aufzugreifen. Weiterhin bittet sie darum, die Entwicklung des Personalbestandes sowie mögliche organisatorische Steuerungsmöglichkeiten zu behandeln.

Darüber hinaus spricht Frau Dr. Mang-Schäfer die Musikschule an und schlägt vor, die bisherige Finanzierung und den Deckungsbeitrag erneut zu überprüfen. Herr Schmitt sagt zu, bei der Behandlung des Themenbereichs die zuständigen Mitarbeitenden sowie die Leitung der Musikschule einzubeziehen. Bei organisatorischen Fragestellungen sollen zusätzlich die zuständigen Personal- und Organisationsbereiche hinzugezogen werden.

Herr Brandenburger (SPD) erkundigt sich nach den Auswirkungen der Grundsteuerreform und fragt, ob die Umsetzung tatsächlich aufkommensneutral erfolgt sei. Herr Schmitt erläutert, dass die Grundsteuerreform bislang annähernd aufkommensneutral umgesetzt worden sei. Eine abschließende Bewertung sei jedoch noch nicht möglich, da noch nicht alle Fälle durch das Finanzamt veranlagt worden seien.

Zur Zweitwohnungssteuer führt Herr Schmitt aus, dass im Haushaltsplan 2026 bereits ein kleiner Einnahmeanteil eingeplant sei. Tatsächliche Einnahmen lägen bislang noch nicht vor, da die Veranlagung erst beginne.

Herr Brandenburger regt außerdem an, für eine der kommenden Sitzungen den Anteil der Pflichtaufgaben und der freiwilligen Leistungen am Gesamthaushalt darzustellen, um den tatsächlich steuerbaren finanziellen Spielraum besser einschätzen zu können. Die Finanzabteilung sagt zu, eine entsprechende Auswertung nach Möglichkeit zu erstellen.

Frau Seiler weist ergänzend auf laufende Gerichtsverfahren zu differenzierten Hebesätzen bei der Grundsteuer hin. Je nach weiterer rechtlicher Entwicklung könne es erforderlich werden, dass sich der Stadtrat im Herbst erneut mit dieser Thematik befasst.

Frau Dreyer (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die vorgesehene Arbeitsweise des Konsolidierungsstabes. Sie spricht sich dafür aus, konkrete Themenkomplexe zu betrachten und nicht lediglich einzelne kleinere Haushaltspositionen zu überprüfen. Neben Einsparmöglichkeiten müssten auch mögliche Einnahmeverbesserungen diskutiert werden, um eine ausgewogene Konsolidierung zu erreichen.

Die Verwaltung stellt anschließend eine Übersicht verschiedener Haushaltsblöcke sowie deren Einschätzung hinsichtlich Steuerbarkeit und Einsparpotenzial vor. Frau Dreyer regt an, die Bewertung „niedrig“, „mittel“ und „hoch“ beim Einsparpotenzial soweit möglich auch monetär zu unterlegen. Herr Schmitt erläutert, dass die Einstufung zunächst als relative Bewertung der einzelnen Bereiche untereinander zu verstehen sei. Bei gesetzlich vorgegebenen Sozialleistungen bestehe beispielsweise kaum Steuerungsmöglichkeit, während in anderen Bereichen ein größerer Handlungsspielraum vorhanden sei.

Im weiteren Verlauf wird darüber beraten, mit welchen Themenblöcken die vertiefte Arbeit beginnen soll. Ursprünglich hatte die Verwaltung vorgeschlagen, zunächst Einnahmen und Gebühren zu betrachten. Hierzu sollten unter anderem die aktuellen Einnahmen, der Zeitpunkt der letzten Anpassung sowie Vergleichswerte anderer Kommunen dargestellt werden.

Aus dem Kreis der Mitglieder wird angeregt, zunächst stärker auf die Aufwandsseite und Bereiche mit hohem Einsparpotenzial einzugehen. Frau Dr. Mang-Schäfer spricht sich dafür aus, der Priorisierung der Verwaltung zu folgen und zunächst Themen mit hoher Steuerbarkeit beziehungsweise hohem Potenzial zu behandeln.

Herr Schmitt bittet die Mitglieder, Fragen und Informationsbedarfe möglichst bereits vor den kommenden Sitzungen mitzuteilen, damit diese in die jeweilige Vorbereitung und Präsentation aufgenommen werden können.
Frau Dreyer weist darauf hin, dass Einsparmaßnahmen und mögliche Einnahmeverbesserungen im weiteren Prozess möglichst ausgewogen betrachtet werden sollten. Dadurch könne vermieden werden, dass die Konsolidierung ausschließlich als Belastung einzelner Gruppen wahrgenommen werde.

Herr Gottwald (SPD) greift die bereits in der vorherigen Sitzung diskutierte Frage nach öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungsteilen auf. Der Informationsteil und die Beantwortung allgemeiner Fragen sollten weiterhin öffentlich stattfinden. Für die eigentliche Beratung insbesondere über weitreichende oder sensible Vorschläge sei aus seiner Sicht jedoch ein nichtöffentlicher Teil sinnvoll, damit ergebnisoffen diskutiert werden könne.

Herr Schmitt ergänzt, dass einzelne Themen bereits aus rechtlichen Gründen nichtöffentlich behandelt werden müssten, beispielsweise wenn konkrete Vertragspartner oder Vertragsinhalte

betroffen seien. Die Verwaltung spricht sich daher ebenfalls für eine entsprechende Trennung zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungsteilen aus.

Aus dem Kreis der Mitglieder wird zudem die Erstellung eines mittelfristigen Personalentwicklungsplans vorgeschlagen. Dieser könnte darstellen, in welchen Fachbereichen aufgrund zusätzlicher Aufgaben künftig Personalmehrbedarfe entstehen. Eine solche Planung könne dazu beitragen, die Personalentwicklung nachvollziehbarer und belastbarer darzustellen.

Beim Themenbereich Einnahmen und Gebühren soll künftig zusätzlich betrachtet werden, welcher Verwaltungsaufwand mit der Erzielung zusätzlicher Einnahmen verbunden ist. Maßnahmen, bei denen der Aufwand den zu erwartenden Mehrertrag übersteigt, sollen nicht weiterverfolgt werden.

Weiterhin wird ein Vorschlag zur Optimierung von Investitionsmaßnahmen eingebracht. Danach könnten Leistungsverzeichnisse künftig möglichst bereits im Zusammenhang mit der Anmeldung der Haushaltsmittel erstellt und durch die Vergabestelle geprüft werden. Nach Freigabe des Haushaltes könnten Ausschreibungen dadurch früher erfolgen. Dies könne dazu beitragen, Verzögerungen, Nachträge und Kostensteigerungen zu reduzieren.

Die Verwaltung nimmt den Vorschlag auf und sagt zu, diesen kurzfristig mit der Vergabestelle zu prüfen. Das Thema Vergabe und Nachtragsmanagement soll zusätzlich im Zusammenhang mit dem Themenblock Gebäudeunterhalt beziehungsweise Gebäudebestand behandelt werden. Im weiteren Verlauf wird erneut über die organisatorische Ausgestaltung des Konsolidierungsstabes beraten. Mehrere Mitglieder sprechen sich dafür aus, den Stabscharakter beizubehalten, um eine möglichst konstruktive und fachliche Arbeitsweise außerhalb klassischer Mehrheits- und Ausschussstrukturen zu ermöglichen.

Frau Dr. Mang-Schäfer betont, dass unabhängig von der gewählten Organisationsform gewährleistet sein müsse, dass die Sitzungsunterlagen dauerhaft im Ratsinformationssystem zur Verfügung stehen. Herr Schmitt sagt zu, künftig möglichst auch die Präsentationen dort einzustellen.

Zum Thema externe Unterstützung erläutert Frau Seiler, dass zusätzliche fachliche Expertise insbesondere zur Bewertung der Haushaltsstruktur und zur Weiterentwicklung der Arbeitsweise des Konsolidierungsstabes sinnvoll sei. Dabei sollen möglichst keine kostenintensiven Beratungsleistungen beauftragt werden.

Aus dem Kreis der Mitglieder werden ergänzend die Johann-Joachim-Becher-Gesellschaft, der Städtetag beziehungsweise Städte- und Gemeindebund sowie die KGSt als mögliche Ansprechpartner vorgeschlagen. Auch fachkundige Personen aus den Reihen der Fraktionen können für einzelne Themen vorgeschlagen werden.

Die Verwaltung sagt zu, die genannten Institutionen anzufragen und zunächst zu klären, ob eine Unterstützung ohne zusätzliche Kosten möglich ist.

Frau Hofmann (FDP) bittet darum, die Unterlagen für künftige Sitzungen möglichst früher zur Verfügung zu stellen, idealerweise etwa zehn Tage vor dem jeweiligen Termin, damit eine vertiefte Vorbereitung möglich ist. Herr Schmitt sagt zu, eine möglichst frühzeitige Bereitstellung anzustreben. Eine feste Frist könne jedoch nicht garantiert werden. Fragen könnten zudem bereits im Vorfeld per E-Mail eingereicht werden und würden nach Möglichkeit für alle Fraktionen beantwortet.

Abschließend fasst Frau Seiler die Verständigungen zur weiteren Arbeit zusammen. Als nächster Themenkomplex soll „**freiwillige Leistungen und Zuschüsse“** vertieft betrachtet werden. Dabei sollen jeweils auch die zugehörigen Einnahmen berücksichtigt werden. Aufwendungen und Erträge sollen somit nicht isoliert, sondern thematisch gemeinsam beraten werden.

Die Unterlagen sollen möglichst frühzeitig zur Verfügung gestellt werden. Die Mitglieder können bereits im Vorfeld Fragestellungen für die Vorbereitung der Sitzungen einreichen. Die genannten externen Organisationen sollen hinsichtlich einer möglichen Unterstützung angefragt werden.

Für das erste Quartal des kommenden Jahres soll zudem eine Klausurtagung vorgesehen werden. Diese soll zur vertieften Bearbeitung größerer Themenkomplexe dienen. Insbesondere die Bereiche **Personal und Organisation** sowie **Sozialleistungen** sollen hierbei berücksichtigt werden, da für deren Beratung voraussichtlich mehr Zeit als im Rahmen einer regulären Sitzung erforderlich ist.

Gez. Tobias Schmitt